

# R3

**Titel** Keine Generationenfrage – Für eine solidarische und gerechte Alterssicherung

**AntragstellerInnen** Hessen-Süd

**Zur Weiterleitung an**

---

## Keine Generationenfrage – Für eine solidarische und gerechte Alterssicherung

1 Gute Löhne und auskömmliche Renten sind zwei Seiten einer Medaille. Die Beschäftigten, die den Wohlstand  
2 unserer Gesellschaft erarbeiten, verdienen ihren fairen Anteil. Das gilt im Erwerbsleben aber auch im Ruhe-  
3 stand. Lohn- und Rentenentwicklung schaffen Verunsicherung und zehren am Gerechtigkeitsempfinden der  
4 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Gerade in diesen unsicheren Zeiten muss das Signal ausgehen: Der  
5 Sozialstaat ist handlungsfähig, der Generationenvertrag gilt, die Rente funktioniert.

6 Besonders gefährlich ist es, dass spätestens seit dem Brexit im öffentlichen Diskurs wieder häufiger der Begriff  
7 „Generationengerechtigkeit“ instrumentalisiert wird. Mit diesem Begriff wollen uns die Neoliberalen und die  
8 politische Rechte auf subtile Weise einen Interessenkonflikt zwischen den Jungen und den Alten einreden. Da  
9 passt es ins Bild, dass die jüngsten politischen Erdbeben von Brexit bis Donald Trumps Wahl zum US Präsi-  
10 denten mehrheitlich auf die Stimmen der älteren Menschen zurückgehen. Und so wird die (Un-)Logik bis zur  
11 uns bewegenden Frage auskömmlicher Renten gespannt. Die Jungen sollen sich – so die Forderung – gegen  
12 die Klientelpolitik der Alten erheben. Das ist bequem, weil es schwarz und weiß ist, weil es von den eigent-  
13 lichen Ursachen von Altersarmut und von den wichtigen gesellschaftlichen Interessenkonflikten ablenkt. Es  
14 überrascht also niemanden, dass der Begriff „Generationengerechtigkeit“ ausgerechnet in einer Zeit häufiger  
15 fällt, in dem „postfaktisch“ zum Wort des Jahres erklärt wird. Gerade jetzt brauchen wir den Schulterchluss  
16 zwischen den Generationen.

17 Denn am Ende geht es bei der Schaffung auskömmlicher Renten nicht um Partikularinteressen. Es geht um  
18 Respekt und Anerkennung für Lebensleistungen. Zentrale Herausforderung einer gerechten Rentenreform  
19 muss es sein, Altersarmut infolge atypischer Beschäftigung, Unterbrechungszeiten im Beruf oder Niedriglöh-  
20 nen zu verhindern und den Lebensstandard von Normalverdienern wirksam abzusichern. Wer sein Leben lang  
21 hart gearbeitet hat, hat ein Recht darauf, seinen Lebensstandard zu halten. Davon werden die heute Jungen  
22 sogar am stärksten profitieren. Die Bekämpfung von Altersarmut ist konstitutiver Eckpfeiler einer Erwerbsge-  
23 sellschaft.

24

25

26 **Zahl der Beitragszahlenden erhöhen**

27

28 Die Altersstruktur des gesetzlichen Rentenversicherungssystems ist ein Problem. Immer weniger Beitragszah-  
29 lenden standen zuletzt immer mehr Rentnerinnen und Rentner gegenüber. Ein Umlageversicherungssystem  
30 verträgt eine solche Entwicklung nicht auf Dauer. Immer weniger Beitragszahlende müssen dann nämlich im-  
31 mer größere Summen aufbringen, die auf der Bezugsseite an die Rentnerinnen und Rentner ausgeschüttet  
32 werden. Das führt ohne strukturelle Veränderungen notgedrungen zu schrittweisen Erhöhungen der Beitrags-  
33 sätze. Dabei tragen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schon jetzt die Hauptlast bei der Finanzierung  
34 unseres Sozialstaates. Eine Politik im Interesse von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern kann eine Erhö-

35 hung der Sozialabgaben nicht wollen. Im Gegenteil müssen wir sogar Spielräume für Entlastungen der Arbeit-  
36 nehmerinnen und Arbeitnehmer schaffen.

37 Dazu braucht es einerseits die Integration von Zugewanderten in den Arbeitsmarkt um die problematische  
38 Altersstruktur der Rentenversicherung zu stabilisieren. Gleichzeitig heißt nachhaltige Rentenpolitik aber auch,  
39 den Menschen berufliche Teilhabe zu ermöglichen, die aus eigener Kraft nicht mehr in Erwerbsarbeit kommen.  
40 Die Förderung von Beschäftigung ist daher mittelbar auch ein Instrument um Altersarmut zu verhindern. Ge-  
41 rade für Langzeitarbeitslose muss daher in größerem Umfang (Nach-)Qualifizierung und auch öffentliche Be-  
42 schäftigung geschaffen werden. Andererseits muss gerade die politische Linke auch mit der Mär aufräumen,  
43 dass die Rente nur aus den Fugen geraten sei, weil Menschen älter werden. Die Strukturprobleme der ge-  
44 setzlichen Rentenversicherung liegen an anderer Stelle: Der Anteil der Normalarbeitsverhältnisse nimmt ab.  
45 Und abhängige Beschäftigung spielt insgesamt eine immer geringere Rolle für Wachstum und Wohlstands-  
46 entwicklung. Gleichzeitig ist das System der Sozialversicherungen ausschließlich auf abhängige Beschäftigung  
47 zugeschnitten. Deswegen braucht es für eine gesunde Grundstruktur auch einen zeitgemäßen Umbau der  
48 gesetzlichen Rentenversicherung in eine solidarische Versicherung für alle Erwerbstätigen und alle Arten von  
49 Einkünften. Eine Versicherung für alle, in die auch Beamtinnen und Beamte, Selbstständige, Freiberuflerin-  
50 nen und Freiberufler und Unternehmerinnen und Unternehmer einzahlen, erhöht die Summe der umlagefä-  
51 higen Beiträge nachhaltig. Vor allem erfasst sie aber auch die vielen Menschen, die teils Millioneneinkünfte  
52 aus Kapitalerträgen beziehen, bei der Steuer privilegiert werden und dennoch keinen Cent in die sozialen Si-  
53 cherungssysteme einzahlen. Eine zentrale Gerechtigkeitslücke unseres Sozialstaates würde dadurch geschlos-  
54 sen.

55

56 Das heißt im Ergebnis:

57

- 58 • Zugewanderte sollen schneller in den Arbeitsmarkt integriert werden.
- 59 • Langzeitarbeitslosen soll stärker als bisher geholfen werden, in Beschäftigung zu kommen. Dazu ge-  
60 hört Qualifizierung, Umschulung und Weiterbildung, aber auch die Schaffung von öffentlicher Beschäf-  
61 tigung.
- 62 • Das Strukturproblem der Rentenversicherung ist nicht die alternde Gesellschaft sondern die einseitige  
63 Fokussierung auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
- 64 • Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen bei den Sozialabgaben nicht stärker belastet werden.
- 65 • Ein gerechtes Rentenversicherungskonzept muss berücksichtigen, dass immer mehr Wohlstand von  
66 immer weniger Menschen erarbeitet wird (Bsp.: Finanzsektor)
- 67 • Wir wollen eine solidarische Rentenversicherung für jeden, die alle Einkommensarten erfasst.

68

69

## 70 **Prekäre Beschäftigung eindämmen**

71

72 Prekäre Beschäftigung ist die größte Hürde für eine auskömmliche Rente von Arbeitnehmerinnen und Arbeit-  
73 nehmern. Wer im Erwerbsleben von Minijobs und Werkverträgen (über-)leben muss, dem bleibt im Alter nicht  
74 mehr genug. Das gilt auch für Menschen, die trotz Arbeit am Ende des Monats aufstocken müssen. Das ist so-  
75 wohl volkswirtschaftlich hoch problematisch, weil im Alter Sozialleistungen nötig werden und die Ausbeutung  
76 der Betroffenen dadurch auch noch mit öffentlichen Mitteln subventioniert wird. Viel mehr verletzt es aber  
77 die Würde der Betroffenen, wenn sie trotz Beschäftigung im Alter nicht von der eigenen Rente leben können.  
78 Geschäftsmodelle, die systematisch auf Ausbeutung und mangelnde soziale Absicherung fußen, dürfen nicht  
79 legal bleiben. Hier muss der Staat konsequent gegen Scheinselbstständigkeit vorgehen und die Kontrollen  
80 im Niedriglohnbereich erhöhen um sicherzustellen, dass geltendes Recht nicht flächendeckend unterlaufen  
81 wird. Im Niedriglohnbereich verbreitete Schwarzarbeit bedeutet, dass die Beschäftigten um ihre soziale Absi-  
82 cherung gebracht werden. Andererseits muss der Staat aber seiner eigenen Vorbildfunktion gerecht werden,

83 indem er atypische Beschäftigung im öffentlichen Dienst abbaut. Es ist ein Skandal, dass ausgerechnet die öffent-  
84 liche Hand beispielsweise im Lehrerdienst auf befristete Beschäftigung und Kettenverträge setzt, um auf  
85 dem Rücken der Beschäftigten in den Sommerferien Gehälter und Sozialabgaben einzusparen.

86

87 Das heißt im Ergebnis:

88

- 89 • Scheinselbstständigkeit und andere Ausbeutungsmodelle sollen verboten werden.
- 90 • Die Kontrollen im Niedriglohnbereich sollen erhöht werden, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitneh-  
91 mer nicht um ihre Rentenbeiträge geprellt werden.
- 92 • Der öffentliche Dienst soll seiner Vorbildfunktion gerecht werden und befristete Beschäftigung soweit  
93 wie möglich in unbefristete Beschäftigung umwandeln.

94

95

### 96 **Mehr Lohngerechtigkeit schaffen**

97

98 Gute Renten brauchen gute Löhne. Lohnzurückhaltung ist eine Gefahr für das Ziel auskömmlicher Renten, weil  
99 das System darauf ausgelegt ist, dass Wachstum über höhere Löhne und höhere Beiträge auch den Rentnerin-  
100 nen und Rentnern zugute kommt. Den Beschäftigten steht ihr Anteil am wirtschaftlichen Erfolg der Unterneh-  
101 men zu. Dafür sollten wir uns einsetzen und den Gewerkschaften den Rücken stärken. Das gilt in besonderem  
102 Maße bei der Aufwertung von Berufen, die mehrheitlich von Frauen ausgeübt werden (z.B. Sozialberufe). Wir  
103 wollen nicht nur gleichen Lohn für gleiche Arbeit, sondern auch gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. Klar ist,  
104 dass Löhne mit Ausnahme des gesetzlichen Mindestlohns, der steigen muss, nicht politisch festgelegt werden.  
105 Aus gutem Grund werden Arbeitsbedingungen grundsätzlich zwischen den Sozialpartnern ausgehandelt. Die  
106 Tarifautonomie gilt. Schwindende Tarifbindung, eine rückläufige Quote für allgemeinverbindlich erklärte Tar-  
107 ifverträge, die Benachteiligung von Frauen bei der Bezahlung und andere gesetzliche Lücken zeigen aber: Es  
108 gibt dennoch politischen Handlungsbedarf. Diesen sollte die SPD auch wahrnehmen. Insbesondere gehört die  
109 Benachteiligung von Leih- und Zeitarbeit bei der Bezahlung und damit auch bei der Rente abgeschafft. Bes-  
110 sere Löhne können aber auch gefördert werden, indem der Staat mit seiner enormen Investitionskraft sozial  
111 verantwortlich umgeht. Öffentliche Leistungen sollten nicht grundsätzlich an den billigsten Anbieter verge-  
112 ben werden. Allein durch ein Umdenken in der Vergabepaxis der öffentlichen Hand kann Lohngerechtigkeit  
113 gefördert werden ohne die Tarifautonomie zu verletzen.

114

115 Das heißt im Ergebnis:

116

- 117 • Die SPD soll zusammen mit den Gewerkschaften prüfen, ob und inwieweit schwindende Tarifbindung  
118 durch Ausweitungen von allgemeinverbindlichen Tarifverträgen erreicht werden können.
- 119 • Sozialberufe sollen aufgewertet werden.
- 120 • Die Benachteiligung bei Leih- und Zeitarbeit bei den Arbeitsbedingungen (vor allem Bezahlung) soll  
121 aufgehoben werden. Grundsätzlich sollen alle Beschäftigten in einem Betrieb sollen für die gleiche  
122 Tätigkeit zu den gleichen Bedingungen beschäftigt und gleich bezahlt werden, die Flexibilität des Leih-  
123 arbeiters muss sich für diesen jedoch in Form eines monetären Flexibilitätsbonus lohnen.
- 124 • Frauen sollen für gleiche und gleichwertige Tätigkeiten den gleichen Lohn erhalten.
- 125 • Der Mindestlohn soll steigen.
- 126 • Der Staat soll bei der öffentlichen Auftragsvergabe nur an sozial verantwortlich agierende Unterneh-  
127 men vergeben. Das Prinzip des billigsten Anbieters soll aufgehoben werden

128

129

**130 Keine beitragsfremden Leistungen aus Beiträgen**

131

132 Die gesetzliche Rentenversicherung ist keine ausschließliche Versicherung für Arbeitnehmerinnen und Arbeit-  
133 nehmer. Längst ist die gesetzliche Rentenversicherung zur einem Vorsorgeinstrument für Viele geworden, die  
134 sich an ihrer Finanzierung nicht mit Beiträgen beteiligt haben. Die jüngst eingeführte "Mütterrente" ist nur ein  
135 Beispiel dafür. Für solche versicherungsfremden Leistungen gibt der Bund jährlich pauschal Steuerzuschüs-  
136 se in die Rentenversicherung. Im Grundsatz sollte allerdings gelten: Allgemeine sozialstaatliche Aufgaben –  
137 wie die Absicherung von Menschen, die wegen häuslicher Arbeit oder Pflegearbeit von Angehörigen keiner  
138 Erwerbsarbeit nachgehen – sollten von allen solidarisch finanziert werden.